

3. Forum

Georg Ismar/Jürgen Mittag

Soziale Bewegungen in Lateinamerika im 20. Jahrhundert Akteure und Protestformen im Wandel

Die Wahl des früheren Kokabauern Evo Morales im Jahr 2006 galt als Sensation, seine Wiederwahl im Dezember 2009 verfestigte einen in Lateinamerika bisher einmaligen Aufstieg einer zunächst von der Straße aus agierenden sozialen Bewegung an die Macht. Erstmals übernahm ein indigener Politiker, der nicht zur traditionellen Politikerelite zählte, das höchste nationale Regierungsamt eines lateinamerikanischen Staates. „Nun regieren die sozialen Bewegungen und die verbrauchten Politiker-Eliten können sich erst einmal ausruhen“, erklärte der neue bolivianische Präsident nach seiner Amtseinführung. In wenigen Jahren leitete Morales, unterstützt von seiner Bewegung zum Sozialismus (MAS), einen tief greifenden Reformprozess in dem Andenstaat ein, der das Land zugleich tief spaltete. Mit dem Aufstieg von Morales ging indes nur bedingt ein Demokratisierungsprozess einher, die Verankerung der neuen Verfassung, die seine Wiederwahl erst ermöglichte, hatte oft autoritäre Züge. Gleichwohl betonte er: „Wir sind eine Regierung, die die Kultur des Dialogs pflegt.“¹ Als er im Dezember 2009 mit knapp 63 Prozent wiedergewählt wurde, rief er seinen Anhängern in La Paz zu: „Wir haben eine enorme Verantwortung, diesen Prozess des Wandels weiter zu vertiefen.“ Während sich in zurückliegenden Dekaden anfänglich erfolgreiche soziale Bewegungen schnell in inneren Machtkämpfen aufrieben, zeigt der Aufstieg des Kokabauern Morales eine neue, bisher nicht bekannte Vereinnahmung der politischen Führung durch vormals außerparlamentarische Bewegungen. Gleichwohl sind diese Bewegungen dadurch gekennzeichnet, dass sie auf charismatische Führer ausgerichtet sind. Morales ist es aber gelungen, die Bevölkerungsmehrheit der *Indígenas* zu einen und diese Mehrheit auch in eine politische Mehrheit bzw. eine Ausweitung der Partizipation umzumünzen.

1 El Mundo, 6. Dezember 2009, nachgewiesen auch unter <www.elmundo.es/america/2009/12/06/noticias/1260137599.html>.

Lateinamerika als Brennpunkt sozialer Kämpfe und politischer Proteste in Geschichte und Gegenwart

Bolivien ist nur ein Beispiel für den Bedeutungswandel und -zuwachs von sozialen Bewegungen in Lateinamerika; in zahlreichen Ländern des Kontinents vollziehen sich ähnliche Entwicklungen. In Lateinamerika gilt die Renaissance der sozialen Bewegungen zu Beginn des 21. Jahrhunderts als Konsequenz der verfehlten und zu wenig auf sozialen Ausgleich und auf Partizipation beruhenden Politiken der letzten Dekaden. Diese Ursachen haben das Entstehen zahlreicher neuer Gruppierungen aus der Mitte der Zivilgesellschaft generiert; die Proteste gehen dabei mit einem deutlichen Trend zu „linken“ und bisweilen auch populistischen Regierungen einher.² Diese versuchen wiederum im Sinne korporatistischer Modelle, die Bewegungen einzubinden und ihnen dadurch auch ein Stück ihrer Dynamik und Unkalkulierbarkeit zu nehmen. Erleichtert wurde diese Entwicklung auch dadurch, dass die Aktivisten, so etwa im Fall der Präsidenten Hugo Chávez in Venezuela, Rafael Correa in Ecuador und Evo Morales in Bolivien, all ihre Wünsche und Erwartungen auf das Führungspersonal projizierten. Basisdemokratische Bewegungen wurden von diesen Präsidenten berücksichtigt und fanden nun Gehör. Dadurch wurde ihnen zugleich ein wenig ihrer Schwungkraft genommen, sie sind durch die starke Konzentration auf die Figur „ihres“ Präsidenten kontrollierbarer geworden.

Dies ist nicht zuletzt auf die zentralistischen Traditionen in Lateinamerika zurückzuführen, bei denen die Menschen hohe Erwartungen in ihre Präsidenten setzen. Durch die Dominanz des Präsidialismus in Lateinamerika kommt dem Präsidenten in den Demokratien eine herausragende Rolle zu, Parteien spielen traditionell eine untergeordnete Rolle.³ Projekte, welche die breite Unterstützung der sozialen Bewegungen finden, werden nun als offizielle Regierungspolitik umgesetzt. In diesen Kontext ist auch die Initiative von Hugo Chávez zu setzen, der das Alternativprojekt ALBA (Alternativa Bolivariana para América Latina y El Caribe) als Pendant zur in den 1990er Jahren geplanten, aber mittlerweile in weite Ferne gerückten amerikanischen Freihandelszone ALCA (Área de Libre Comercio de las Américas) ins Leben rief.

Bei genauerer Betrachtung wird indes deutlich, dass es in Lateinamerika in der Vergangenheit wie in der Gegenwart weder „eine Linke“ noch einen „klassischen“ Typus von sozialen Bewegungen gegeben hat bzw. gibt. Die Geschichte Südamerikas verlief komplexer und vielschichtiger als vielfach dargestellt und spielte sich dabei in erster Linie im Kontext der einzelnen Nationalstaaten des Kontinents ab. Soziale Bewegungen haben in Lateinamerika

- 2 Hierbei ist grundsätzlich zu unterscheiden zwischen gemäßigt sozialdemokratischen Regierungen, die besonders für ihre Finanz- und Wirtschaftspolitik internationale Zustimmung finden – wie die Regierung Lula in Brasilien und die bis 2010 regierende Regierung Bachelet in Chile – und „linken“, stark auf Staatsintervention orientierten Regierungen wie Chávez in Venezuela und Morales in Bolivien.
- 3 Vgl. hierzu die grundlegende Studie von Claudio Veliz: *The Centralist Tradition in Latin America*, Princeton 1980. Siehe auch Juan J. Linz: *Presidential or Parliamentary Democracy: Does it make a Difference?*, in: Juan J. Linz/Arturo Valenzuela (Hg.): *The Failure of Presidential Democracy. The Case of Latin America*, Baltimore/London 1994, S. 3–87; Scott Mainwaring/Matthew Soberg Shugart (Hg.): *Presidentialism and Democracy in Latin America*, Cambridge 1997.

eine lange Tradition: In jeweils ganz unterschiedlicher Ausprägung haben soziale Bewegungen in den vergangenen Jahrhunderten als Emanzipationsbewegungen versucht, rechtliche Unterdrückung, ökonomische Ungerechtigkeit und fehlende politische Partizipationsmöglichkeiten zu verringern und zugleich ihre Anliegen durchzusetzen.⁴ So kam es bereits in der Frühphase der Kolonisierung zu Aufständen von *Indigenas* gegen die Kolonialmächte, später gewannen dann vor allem die Sklavenaufstände an Bedeutung. Nach den Unabhängigkeitsrevolutionen zu Beginn des 19. Jahrhunderts bildeten sich neue Formen von sozialen Bewegungen in den Nationalstaaten heraus. Eine wesentliche Rolle spielten politische Ideen aus Europa: Durch die Masseneinwanderung in den *Cono Sur* seit Ende des 19. Jahrhunderts wurde „westliches“ Gedankengut zunehmend aufgegriffen und primär politisch orientierte Bewegungen wie die Anarchisten erreichten zeitweise erhebliche Bedeutung.⁵ Im Laufe des 20. Jahrhunderts gewannen die sozialen Bewegungen weiter an Relevanz: Von indigenen Aufständen, Bauern- und Arbeiterbewegungen in den ersten Jahrzehnten des 20. Jahrhunderts über die Guerillabewegungen vor allem in den 1970er Jahren, die Frauen-, Umwelt- und Menschenrechtsbewegungen bis zu den Volksaufständen und Protesten in den 1990er Jahren haben Menschen in lateinamerikanischen Staaten immer wieder kollektiv und dauerhaft gegen politische und soziale Ungerechtigkeiten protestiert.

Dieses Engagement hatte zur Folge, dass sich oftmals bestimmte Strukturen und Aktionsformen entwickelten, die zumeist an örtlichen und regionalen, bisweilen aber auch an nationalen Gegebenheiten orientiert waren und mit Blick auf Trägerschaft, Aktionsformen und Reichweite elementare Unterschiede zu den Aktivitäten sozialer Bewegungen in Europa aufwiesen. Zugleich wird bei genauerer Betrachtung auch deutlich, dass es in Lateinamerika nie einen dominanten Typus von sozialen Bewegungen gegeben hat bzw. bis heute nicht gibt.

Seitens der Forschung ist dieses Themenfeld aber erst in Ansätzen aufgearbeitet worden. Im deutschsprachigen Raum kam es zwar zu einer politischen Hochphase von Chile-, Kuba- und Nicaragua-Solidaritätsbewegungen in den 1970er und 1980er Jahren, die Rolle einzelner sozialer Bewegungen in Lateinamerika wurde darüber hinaus jedoch kaum eingehender wissenschaftlich betrachtet oder intensiveren Studien unterzogen. Noch stärker mangelt es an Synthesen. Gerade langfristige, historische Entwicklungslinien und Zusammenhänge kamen damit bislang zu kurz – und das, obwohl Lateinamerika weltweit als einer der bedeutendsten und dynamischsten Schauplätze sozialer Bewegungen zu bewerten ist.⁶ Vor dem Hinter-

4 Vgl. als pointierten Überblick Ronald Wright: *Stolen Continents. Five Hundred Years of Conquest and Resistance in the Americas*, 2. Aufl., Boston/New York 2005 sowie zuletzt Ingrid Wehr/Hans-Jürgen Burchardt (Hg.): *Soziale Ungleichheiten in Lateinamerika. Neue Perspektiven auf Wirtschaft, Politik und Umwelt*, Baden-Baden 2011.

5 Siehe zu diesem besonders in Argentinien verbreiteten Phänomen Gonzalo Zaragoza Rovira: *Anarquismo Argentino (1876–1902)*, Madrid 1996 und Iacov Oved: *El anarquismo y el movimiento obrero*, Mexiko D. F. 1978.

6 Erst in den letzten fünf Jahren zeichnet sich hier eine andere Tendenz ab. Vgl. dazu Bernard Duterme: *Mouvements et Pouvoirs de Gauche en Amérique Latine*, Paris 2005; Hank Johnston/Paul Almeida (Hg.): *Latin American Social Movements. Globalization, Democratization, and Transnational Networks*, Lanham u.a. 2006; Herbert Berger/Leo Gabriel (Hg.): *Lateinamerika im Aufbruch. Soziale*

grund dieser Forschungslage hat das Bochumer Institut für soziale Bewegungen in den vergangenen Jahren im Rahmen eines Publikationsprojektes die Zielsetzung verfolgt, verschiedene Akteure lateinamerikabezogener Bewegungsforschung zusammenzuführen und die Resultate aktueller Einzelforschungen in einer systematischen Abhandlung zusammenzufassen.⁷ Zentrale Ergebnisse dieser 2009 erschienenen Publikation fasst der vorliegende Beitrag im Sinne eines Überblicksessays zusammen, wobei im Folgenden mit Blick auf einzelne Akteure und Protestformen eine stark exemplarische Akzentsetzung vorgenommen wurde.

Akteure sozialer Bewegungen: Die *Indigenas*

In historischer Perspektive werden die *Indigenas* vielfach als erste soziale Bewegung Lateinamerikas charakterisiert. Sie kämpften zunächst gegen die Unterdrückung durch die iberischen Kolonialmächte, dann gegen die sich herauskristallisierende staatliche Repression der herrschenden Eliten in den unabhängig gewordenen Nationalstaaten. Diese Eliten verstanden es oft geschickt, die indigenen Gruppen einzubinden und sie für ihre Ziele gefügig zu machen – insbesondere in den Auseinandersetzungen zwischen Konservativen und Liberalen, die Ende des 19. Jahrhunderts zahlreiche Länder Südamerikas erschütterten. So nahmen beispielsweise in Bolivien von 1896 bis 1899 die *Indigenas* als Hilfstruppen der Liberalen am Föderalen Krieg teil. Das Resultat war der Sieg der liberalen Truppen, La Paz wurde nomineller Regierungssitz und die indianischen Gruppen erhielten infolgedessen eine partielle lokale Selbstverwaltung. Der Preis dafür war ein starker Rassismus der kreolischen Eliten. Durch vereinzelt gewaltexzessive in den kriegerischen Auseinandersetzungen prägte sich in der kreolischen und mestizischen Öffentlichkeit das Bild vom wilden, menschenfressenden, kriminellen und gefährlichen Indio ein,⁸ der als Bedrohung empfunden wurde. In diesem konfrontativen Verhältnis entwickelten sich keine sozialen Bewegungen im engeren Sinne, sondern es kam immer wieder zu gewaltsamen, guerillaartigen Attacken der indigenen Gruppen.⁹ Dies gilt mit Einschränkungen auch für die indigenen Bewegungen in Peru und Kolumbien, die kurzzeitig Erfolge erzielten, aber keine nachhaltige Partizipation erreichen konnten.¹⁰ Nach der Unabhängigkeit führten die postkolonialen Eliten die aus der

Bewegungen machen Politik, Wien 2007 und Richard Stahler-Sholk/Harry E. Vanden/Glen David Kuecker (Hg.): *Latin American Social Movements in the Twenty-First Century. Resistance, Power and Democracy*, Lanham u.a. 2008; Martina Blank: *Zwischen Protest und trabajo territorial. Soziale Bewegungen in Argentinien auf der Suche nach anderen Räumen*, Berlin 2009; Lisa Thompson/Chris Tapscott (Hg.): *Citizenship and Social Movements. Perspectives from the Global South*, New York 2010.

- 7 Vgl. Jürgen Mittag/Georg Ismar (Hg.): *¿“El pueblo unido”?: Soziale Bewegungen und politischer Protest in der Geschichte Lateinamerikas*, Münster 2009.
- 8 Siehe Volkmar Blum: *Hybridisierung von unten – Nation und Gesellschaft im mittleren Andenraum*, Münster 2001, S. 190.
- 9 Vgl. zu sozialen Bewegungen in Bolivien Bettina Schorr: *Die mobilisierte Gesellschaft: Soziale Bewegungen in Bolivien*, in: Mittag/Ismar: *¿“El pueblo unido”?*, S. 185–215.
- 10 Vgl. zu Peru und Kolumbien auch Andreas Steinhilber: *Ein Kommen und Gehen im Spiegel politischer Diskontinuitäten: Soziale Bewegungen in Peru*, in: ebd., S. 167–215 sowie Linda Helfrich: *Zwischen*

Kolonialzeit ererbte duale Gesellschaftsstruktur der „zwei Republiken“ von mestizisch-weißen urbanen Eliten und indigenen ländlichen Gemeinschaften fort. Olaf Kaltmeier merkt in seinem Beitrag für den Sammelband zu den sozialen Bewegungen in Lateinamerika an, dass dabei vor allem auf Grund der Bevölkerungskonzentration im Andenhochland eine besonders enge Verflechtung von ethnischen und klassenbasierten Anliegen festzustellen war, während andernorts im Rahmen der Bauernbewegungen primär ökonomische und kaum ethnische Forderungen erhoben wurden.¹¹

Erst im Rahmen der Revolutionen in Mexiko 1910 und in Bolivien 1952 gelang es diesen Bewegungen, eigene Ziele stärker durchzusetzen – aber statt aktiver Teilhabe wurden sie nach dem Sieg der Revolutionen erneut mit einigen neuen Rechten „abgespeist“ und ruhigzustellen versucht. Hier zeigte sich ein Kontinuum: Der Druck dieser Bewegungen und ihrer ethnischen, politischen oder sozialen Forderungen war hoch, die herrschenden Eliten verstanden es aber bis Ende der 1990er Jahre in fast allen Fällen, durch Paktieren oder den Einsatz von Gewalt, den Protest seiner Dynamik zu berauben. Immer wieder litten vor allem indigene Gruppen unter der Teilhabe suggerierenden Kooptation: Der klassische *indigenismo* in den 1920er Jahren in Mexiko war beispielsweise eine Strategie der Eliten, die indigene Bevölkerung mittels staatlich gelenkter Assimilationsprogramme zu mestizisieren. Gleiches gilt für das Konzept der *mestizaje* in Bolivien, mit dem bis zur Anerkennung als pluriethnischer Staat in der Verfassungsreform von 1994 propagiert wurde, die Vermischung von *Indigenas* und Kreolen zu forcieren und so die *Indigenas* zu assimilieren.

Einige der typischen Komponenten revolutionärer Zyklen finden sich exemplarisch in der Mexikanischen Revolution wieder: zunächst die treibende Kraft sozialer Bewegungen; die mehrfachen Wechsel in der politischen Hegemonie bei den führenden Kräften (von gemäßigten hin zu konsequenteren); die Abfolge von Revolution und Konterrevolution; das anfängliche Bündnis sozial heterogener Kräfte; das Auseinanderfallen des Bündnisses von im Fall der Mexikanischen Revolution agrarrevolutionären Bauern und bürgerlich-liberaler Führung; die Herausbildung von Formen der Doppelmacht; die Durchsetzung eines bestimmten Flügels und damit die Entscheidung über den Ausgang der Revolution. Der Ablauf und die Folgen zeigen: Letztlich ist die Geschichte sozialer Bewegungen auch die Geschichte von Niederlagen und nicht wahrgenommener Chancen. In seinem Beitrag zur transnationalen Kooperation in Lateinamerika unterstreicht David Mayer die Bedeutung der Mexikanischen Revolution als „einen nicht zu unterschätzenden transnationalen Resonanzboden“, da es in vielen anderen Ländern Lateinamerikas zu ganz ähnlichen Prozessen der Bodenkonzentration gekommen sei. Die Initiative des Peruaners Víctor Haya de la Torre, der die Alianza Popular Revolucionaria Americana (APRA) 1924 in Mexiko ins Leben rief, kann als ein „Internationalisierungsversuch der Mexikanischen Revolution“ bewertet

Staat und Gewaltakteuren: Soziale Bewegungen in Kolumbien, in: ebd., S. 81–107.

11 Olaf Kaltmeier: Das Land neu gründen: Gesellschaftliche Kontexte, politische Kulturen und indigene Bewegungen in Südamerika, in: ebd., S. 339–364, hier S. 342.

werden und stellt somit eines der „wichtigsten grenzüberschreitenden Projekte einer emanzipatorischen politisch-sozialen Bewegung der Zwischenkriegszeit“ dar.¹²

Die Geschichte Lateinamerikas ist seit der Unabhängigkeit oftmals auch geprägt gewesen durch vielfältige Formen politischer und sozialer Gewalt, wie etwa Hans Werner Tobler in seinem Beitrag über „ländliche Gewalt“ ausführt.¹³ Die gewaltsamen Auseinandersetzungen rivalisierender Fraktionen um die Macht in den neu entstandenen Staaten, das Auftreten mächtiger *caudillos*, die militärischen Staatsstriche in fast allen Ländern der Region, die blutigen Kämpfe zwischen verschiedenen Regionen eines Landes und die ethnisch, sozial, ökonomisch oder politisch bedingten Volksaufstände illustrieren Tobler zufolge jene vielfältigen Facetten des lateinamerikanischen Gewaltphänomens, das zur Mitte des 19. Jahrhunderts für viele Länder im südlichen Amerika – mit teilweiser Ausnahme Brasiliens – charakteristisch war. Als Hauptursache dieser Entwicklung ist der gescheiterte oder unvollständige Staatsbildungsprozess nach Erlangung der Unabhängigkeit und der Auflösung der ehemaligen kolonialen Staatsordnung auszumachen. Im 19. Jahrhundert gelang es den meisten unabhängigen Staaten Lateinamerikas nicht, das Gewaltmonopol zu erringen und das neue Staatsterritorium unter die Kontrolle der Zentralregierung zu bringen – genannt seien ländliche Aufstände, Konflikte zwischen Konservativen und Liberalen sowie der Widerstand der indigenen Bevölkerung, wie zum Beispiel der Mapuche in Chile. In der Folgezeit tauchten in den Kämpfen um Teilhabe und Macht immer wieder neue soziale Bewegungen und Forderungen auf, eine klare Periodisierung schließt sich deshalb aus, da es in der Regel zu Überlappungen kam und ein Bewegungscharakter nicht immer vorhanden war.

Die indigenen Bewegungen verloren infolge des wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Wandels, einhergehend mit einer beschleunigten Verstädterung und einer Abnahme des ländlichen Bevölkerungsanteils, zunächst allmählich an Bedeutung. In den größeren gewaltsamen politischen Umbrüchen der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts, z. B. in der Revolution in Bolivien (1952), spielten unzufriedene *Indigenas* zwar eine aktive Rolle, ohne dass sie aber nachhaltig am politischen Prozess beteiligt wurden. In der Folgezeit trat vor allem der Wunsch nach einer stärkeren Beachtung ihrer Rechte in den Vordergrund, die Landfrage verlor an Bedeutung. Wie Tobler konstatiert, hatte auch der Aufstand im mexikanischen Chiapas von 1994 agrarbezogene Motive, er war daneben aber auch ein Protest gegen die politischen Verhältnisse. Er richtete sich vor allem gegen die Herrschaft der Partido Revolucionario Institucional (PRI) und gegen die ethnische Diskriminierung der indigenen Bevölkerung in dieser Region.

Zwischen den einzelnen Staaten differierten die Beweggründe und vor allem das Selbstverständnis erheblich. So stellt Andreas Steinhilber für Peru fest: „Obgleich die indigene Bevölkerung größtenteils dem ländlichen Kontext entstammt, hat die Rückbesinnung auf eine ethnisch bestimmte Identität, abgesehen von der Kolonialzeit, kaum eine Rolle im

12 Siehe David Mayer: Keine Erfindung der Gegenwart: Grenzüberschreitende Bewegungen und transnationale Kooperation in Lateinamerika, in: ebd., S. 533–554, hier S. 538.

13 Vgl. Hans Werner Tobler: Ländliche Gewalt und der Kampf ums Land: Bauernbewegungen in Mexiko und Lateinamerika im 19. und 20. Jahrhundert, in: ebd., S. 299–312.

Selbstverständnis der bäuerlichen Bewegungen gespielt. Hierin liegt ein grundsätzlicher Unterschied zu stark ethnisch geprägten Bewegungen wie etwa im Nachbarland Bolivien.¹⁴ In Peru vollzog sich in den letzten Jahren auf der politischen Ebene eine Zersplitterung der Kräfte in eine Vielzahl von Gruppierungen und so genannte Outsider wie den Populisten Ollanta Humala, der 2006 bei den Präsidentschaftswahlen knapp scheiterte, deren Entstehen oftmals nur wahltaktisch motiviert ist und deren Programmatik sowie die Fähigkeit, politische Repräsentanz wahrzunehmen, nicht erkennbar sind und die daher oft nur kurze Zeit Bestand haben. Humala etwa nutzte geschickt die Renaissance des Indigenen im politischen Diskurs, eine dauerhafte indigene Bewegung entstand hier aber nicht. Die Kandidaten schmiedeten – wie auch der frühere Präsident Alberto Fujimori (1990–2000) – Parteienbündnisse, die nur den Kandidaten als Vehikel dienten, nicht aber über gewachsene Strukturen verfügten. So schnell wie sie auftauchten, verschwanden sie auch wieder.¹⁵

Westliche Ideologie-Importe, Anarchismus und Arbeiterbewegung in Lateinamerika

Anders entwickelten sich soziale Bewegungen in Ländern, die am Ende des 19. Jahrhunderts durch eine starke Einwanderungswelle aus Europa gekennzeichnet waren. Mit den Immigranten kamen auch neue Ideen wie Anarchismus, Sozialismus, Marxismus und Feminismus nach Argentinien, Chile und Mexiko. So gründeten 13 Sozialdemokraten, die nach Erlass des Bismarck'schen Sozialistengesetzes nach Argentinien emigriert waren, 1882 in Buenos Aires den Verein „Vorwärts“. Die Vereinigung ist der älteste Arbeiterverein in Argentinien und zugleich die älteste sozialistische Organisation Südamerikas.¹⁶ Der Einfluss von Migranten aus Spanien und Italien, die sich vor allem in Großstädten wie Buenos Aires niederließen, auf die entstehende Arbeiterbewegung ist nicht zu unterschätzen. Die industrielle Revolution löste weltweit große Veränderungen in der Gesellschaft aus, vom Bevölkerungsanstieg in Europa bis zum daraus resultierenden Exodus in alle Teile der Welt, vor allem nach Amerika, angesichts eines Überangebots an Arbeitskräften. Mit dem Aufbau erster Fabriken um 1900 und dem zweiten Schub einer Einwanderungswelle nach dem Ersten Weltkrieg 1918/19 entstand auch in Lateinamerika eine Art Industrieproletariat.

Zwischen 1875 und 1914 wanderten allein in Argentinien rund fünf Millionen Menschen ein. Die meisten von ihnen blieben in den großen Hafenstädten Buenos Aires, Rosario, Bahía Blanca und Mar del Plata.¹⁷ Buenos Aires war in diesen Jahren eine der am schnellsten wachsenden Städte der Welt: Zählte sie 1869 noch 177.787 Einwohner, so waren es 1895

14 Steinhauf, S. 167–184, hier S. 177.

15 Ebd., S. 178.

16 Zur Geschichte des „Vorwärts“ siehe Alfredo Bauer: *La Asociación Vorwärts y la lucha democrática en la Argentina*, Buenos Aires 1989.

17 Felix Luna: *Historia Integral de la Argentina*, tomo 8: los años de la prosperidad, Buenos Aires 1997, S. 31.

bereits 663.854 und 1914 sogar 1.576.597 Einwohner.¹⁸ In dieser Zeit war die Hälfte der Stadtbewohner Ausländer.¹⁹ Die Gesamtbevölkerung Argentiniens stieg zwischen 1869 und 1914 von 1.877.490 auf 7.885.237 Einwohner. Die Einwanderer kamen vor allem aus Spanien und Italien, aber auch aus Deutschland, Frankreich und England.²⁰ Die Mehrheit der Italiener und Spanier waren Landarbeiter und viele von ihnen hatten schon Erfahrung mit anarchistischen Arbeiterkämpfen in ihren Heimatregionen.²¹ Die argentinische Regierung hatte kein Interesse an den Problemen der Arbeiter und den Lebensbedingungen in den *conventillos* – den Baracken der Einwanderer im bonarenser Stadtteil La Boca. Sie sah in den Einwanderern vor allem billige Arbeitskräfte für die Exportindustrie. Die Einwanderer gründeten Vereine, eröffneten Theater und bildeten politische Gruppierungen. Bis 1912 entwickelte sich dort eine der größten anarchistischen Bewegungen weltweit, die an Radikalität, Lebensform und Zahl der Anarchisten wahrscheinlich nur von der anarchistischen Bewegung in Spanien übertroffen wurde. 1902 und 1910 erließ die argentinische Regierung zwei Gesetze, die der als Bedrohung empfundenen Bewegung Herr werden sollten und anarchistische Aktivitäten zum Teil unter Strafe stellten. Die großen Generalstreiks, die Mai-Demonstrationen mit zehntausenden Teilnehmern und die zahllosen Arbeitskämpfe zeigten die Dynamik des Anarchismus in diesen Jahren. Auch nach dem Abschwellen der ersten Dynamik blieb diese soziale Bewegung einflussreich, indem sie sich institutionalisierte. Bis 1920 hatte die anarchistische Gewerkschaft F. O. R. A. (*Federación Obrero Regional Argentina*) bereits 700.000 Mitglieder.

Zwischen 1917 und 1919 erlebten anarchistische Bewegungen auch im übrigen Lateinamerika den Höhepunkt ihres Einflusses. Eine Reihe von Generalstreiks – 1917 in Brasilien, 1918 in Argentinien, 1919 in Peru und Mexiko – leitete zudem die Bildung von Gewerkschaften ein.²² Zunächst verfolgten die Streiks als Kampfmittel kein klares politisches Ziel, sondern richteten sich allgemein gegen den Staat und die herrschenden Eliten. In Einzelfällen wie 1919 in Peru waren die Maßnahmen aber an klare Forderungen geknüpft, die an Streiks jenseits des Atlantiks erinnerten: Acht-Stunden-Tag, Lohnerhöhungen und Verbesserung der Arbeitsbedingungen.²³ Mit der Oktoberrevolution in Russland 1917 kam es zudem zu einer verstärkten Hinwendung zu sozialistischen und marxistischen Inhalten. Generell lässt sich schlussfolgern, dass die sozialen Bewegungen in dieser Frühphase ein rein städtisches Phänomen waren, da es durch die Ballung von Immigranten hier auch zum Wettstreit politischer Ideen kam. Stellten die Arbeiterbewegungen seit den 1930er bis zum Ende der 1970er Jahre in den spätindustrialisierten Ländern Lateinamerikas im Zuge der Herausbildung von

18 Primero, segundo y tercer censo nacional 1869, 1895 y 1914, in: José Panettieri: *Inmigración en la Argentina*, Buenos Aires 1970, S. 23–34.

19 Ebd., S. 23. 1869 waren 49,6, 1895 52,8 und 1914 49,3 Prozent der Bewohner in der argentinischen Hauptstadt Buenos Aires Ausländer bzw. Immigranten.

20 Ebd., S. 26. Italiener und Spanier machten 60 Prozent der Immigranten zu dieser Zeit aus.

21 Luna, S. 35, 185 und 189.

22 Mónica Bruckmann/Theotonio Dos Santos: *Soziale Bewegungen in Lateinamerika. Eine historische Bilanz*, in: *Prokla* 142 (2006), S. 7–22, hier S. 7.

23 Ebd., S. 7.

staatskapitalistischen Formen eine zentrale gesellschaftliche Institution des autoritären Korporativismus dar, verloren sie während der Phase des Neoliberalismus seit den späten 1970er Jahren massiv an politischen Gestaltungsmöglichkeiten und verfügten nur noch über geringen Einfluss, wie Manfred Wannöffel und Christina Ruta bilanzieren.²⁴ Der Staat zog sich – entweder auf Grund militärischer Interventionen oder auf Verlangen von Internationalem Währungsfonds und Weltbank – aus der Wirtschaft weitgehend zurück, während es in den 1980er Jahren z. B. im wichtigen Minensektor zu Massenentlassungen kam. In Bolivien emigrierten die arbeitslosen *Mineros* zu Tausenden in die subtropische Chapare-Region im Departament Cochabamba, begannen mit der Koka-Anpflanzung, die kein landwirtschaftliches Know-How erfordert, und es entstand eine starke Gewerkschaftsbewegung der *Cocaleros*, die auf die früheren Gewerkschaftsstrukturen der Minengebiete bauen konnte.²⁵ Während sich gerade in den Andenländern keine festen Parteistrukturen entwickelten, sondern diese oft von klientelistischen Interessen und Pfründeverteilung geprägt waren, die sich von den gesellschaftlichen und gewerkschaftlichen Interessen abkoppelten, hat sich Brasilien mit der Partido dos Trabalhadores (Arbeiterpartei, PT) ein erfolgreiches Sprachrohr der Arbeiter entwickelt. Mit der mit der PT zusammenarbeitenden Gewerkschaft CUT hat sich damit seit 1979 bis heute das „nahezu unbestrittene Zentrum der brasilianischen Linken“ entwickelt.²⁶ Während zahlreiche Gewerkschaften sich bis heute noch nicht vollständig vom Bedeutungsverlust in der marktliberalen Ära erholt haben oder wie in Kolumbien im Zuge des internen Konfliktes geschwächt und eingeschüchtert wurden, vereinigte die PT erfolgreich verschiedene basisdemokratische soziale Bewegungen. Es gehört zu einer Bedingung für die Parteiaufnahme, in mindestens einer Basisorganisation aktiv zu sein, eine Vereinnahmung der Bewegungen durch die PT wird ausdrücklich abgelehnt.²⁷

Bauernbewegungen und der Ruf nach Landreformen

Im Gegensatz zu den städtischen Bewegungen und den Gewerkschaften in den Industriezentren dominierten auf dem Land frühzeitig die Bauernbewegungen. Gerade in der Andenregion wurden diese *Campesino*-Bewegungen oft von *Indigenas* getragen, deshalb ergibt sich hier eine definitorische Unschärfe. Bei den Bauernbewegungen – auch wenn sich viele *Indigenas* daran beteiligten – stand aber in erster Linie der ökonomische, nicht der ethnische Aspekt im Vordergrund.

Seit der Unabhängigkeit kam es immer wieder und insbesondere im Rahmen der zunächst schwachen staatlichen Strukturen – mit einer Dominanz von *Caudillos* in den ländlichen Regionen – zu zahlreichen örtlichen Aufständen. Besonders ausgeprägt traten

24 Manfred Wannöffel/Christina Ruta: Zwischen autoritärem Korporativismus, radikalem Neoliberalismus und demokratischer Transition: Gewerkschaften in Lateinamerika, in: Mittag/Ismar: ¿“El pueblo unido”?, S. 498–518.

25 Vgl. Robert Lessmann: „La Hoja de Coca no es droga“: Cocaleros als soziale Bewegung in der Andenregion, in: ebd., S. 463–494.

26 Dieter Boris: Soziale Bewegungen in Lateinamerika, Hamburg 1998, S. 33.

27 Ebd., S. 34.

diese versprengten Bewegungen in Mexiko auf. Während im frühen 19. Jahrhundert Bauern aufgrund der fehlenden Möglichkeiten des Staates, das Gewaltmonopol in allen Landesteilen auszuüben, vielfach *Haciendas* oder lokale Staatsorgane angriffen, verlagerten sich die Protest- und Gewaltaktivitäten der Bauern gegen Ende des 19. und zu Beginn des 20. Jahrhunderts auf vornehmlich reaktive-defensive Aktivitäten, da es den Großgrundbesitzern mit Hilfe des an Stärke gewinnenden Staates gelang, ihre Macht auf dem Land zu konsolidieren.

Neben den oft gewaltförmigen Bewegungen auf dem Land strebten die bäuerlichen Bewegungen im 20. Jahrhundert ein Ziel an, das lange Zeit als wichtigster Indikator für eine gerechtere Entwicklung in Lateinamerika angesehen wurde: eine Landreform. Einen Wendepunkt markierte die Mexikanische Revolution, die mit der Devise „Land und Freiheit“ die Rückgabe des Landes an die Bauern in das Zentrum ihrer Programmatik stellte und so weitere Landbewegungen nach sich zog. Die nach der Mexikanischen Revolution in die Wege geleiteten Reformen gehörten zu den umfassendsten der lateinamerikanischen Geschichte. Obwohl entsprechende Bestimmungen bereits in die Verfassung von 1917 aufgenommen wurden, kam die Umverteilung des Landes aber nur zögernd voran. Erst in den 1930er Jahren, unter dem Präsidenten Lázaro Cárdenas, wurden 18 Millionen Hektar Großgrundbesitz enteignet und an 800.000 Bürger verteilt. Dies erfolgte auf der Basis von Gemeinbesitz und kollektiver Bewirtschaftung durch indigene Gemeinschaften, um eine Aufsplitterung der Ländereien zu vermeiden.

Auch in der Bolivianischen Revolution von 1952 war eine schnelle Landreform eines der Hauptziele. Mit diesem Versprechen wurde vom MNR (Movimiento Nacionalista Revolucionario) die Unterstützung der indigenen Bevölkerung „erkauft“. Aber gerade die massive Zunahme von Landbesetzungen im Jahr 1947 führte letztlich dazu, dass der MNR an dieser Forderung nicht mehr vorbeikam.²⁸ Da Präsident Villaroel in Kooperation mit der Oppositionspartei 1945 erstmals eine Partizipation der *Indigenas* anerkannte und einen fünftägigen *Indígena*-Kongress mit 1.500 Teilnehmern ermöglichte, wurde das Wohlwollen dieser Gruppen für die spätere Revolution gesichert. Streng genommen war diese Revolution keine von unten initiierte Umwälzung, sondern ein Machtwechsel zwischen konkurrierenden Eliten – ein Politikwechsel hin zur stärker am sozialen Ausgleich und Partizipation orientierten Partei MNR. In diesem Stadium übte die soziale Bewegung aus Bauern und *Indigenas* keinen Einfluss auf Machtstrukturen aus, war aber der entscheidende Push-Faktor für die Verwirklichung bestimmter sozialer Verbesserungen im Rahmen der Revolution von 1952. Von der Bodenreform 1953 waren vor allem die Latifundien des Hochlandes betroffen, wo etwa 10 Millionen Hektar an 200.000 Campesinos verteilt wurden. Im Unterschied zu Mexiko gingen sie in den individuellen Besitz der Bauern über, was einen schnellen Produktionsrückgang im landwirtschaftlichen Sektor zur Folge hatte, da das so geschaffene Minifundien-System weitaus unproduktiver war als die Bewirtschaftung großer Flächen durch die Gemeinschaft. Zum anderen wurden durch die Reform die meist indigenen Bauern zu einer

28 Siehe hierzu Laura Gotkowitz: *Revisiting the Rural Roots of the Revolution*, in: Merilee Grindle/Pilar Domingo (Hg.): *Proclaiming Revolution: Bolivia in Comparative Perspective*, London/Cambridge 2003, S. 164–182, hier S. 176.

Stütze des MNR. Hier zeigte sich erneut als prägendes Merkmal sozialer Bewegungen in Lateinamerika, dass die Landbewegung nach der Revolution durch die neue staatstragende Partei in ihrem Sinne gelenkt und für eigene Zwecke instrumentalisiert wurde. Im Anschluss an die Phase von 1910 bis 1920 in Mexiko kam es zwischen 1950 und 1965 erneut zu einem Anstieg der ländlichen Protestbereitschaft. Bis weit über die Mitte des 20. Jahrhunderts hinaus spielten Bauernaufstände und bewaffnete Bauernbewegungen eine zentrale Rolle in den revolutionären Umwälzungen und antikolonialen Befreiungskriegen dieser Periode. In diese Zeit fiel auch die Kubanische Revolution 1959. Auch diese stützte sich in starkem Maße auf ländliche Bevölkerungsgruppen. In Peru, Venezuela und Nordostbrasilien bildeten sich ebenfalls Bauerngewerkschaften und ländliche Protestbewegungen, in dieselbe Phase fallen auch die blutigen Konflikte auf dem Lande in Kolumbien, die besonders in den 1970er Jahren ihren Höhepunkt erreichten.²⁹

Diese parallelen Entwicklungen zeigen exemplarisch ein weiteres Charakteristikum: Soziale Bewegungen mit ähnlichen Zielen kämpfen in Lateinamerika oft zur gleichen Zeit auf ähnlichen Feldern – ihre Maßnahmen, Ziele und Erfolge unterscheiden sich aber erheblich und können nur im jeweils nationalen Kontext analysiert werden. Während in einigen Ländern Gewalt und Eskalation bei den Protesten dominierten (Kolumbien), ebnete der Protest in anderen Ländern durch die Integration in den revolutionären Prozess und eine mehr oder minder gelungene Landreform schnell wieder ab (Bolivien, Kuba). Auch in Mittelamerika kam es ab den 1920er Jahren zu Erhebungen seitens der Landbevölkerung – allerdings unter gänzlich anderen Bedingungen. Hier existierte eine Schicht abhängiger Bauern, die unter Kontrolle großer US-amerikanischer Agrarunternehmen wie der United Fruit Company standen. „Auf Grund der starken nordamerikanischen Präsenz gingen die Forderungen der Bauern nach einer Bodenreform hier eine spezifische Verbindung mit den nationalen Kämpfen gegen die Vorherrschaft der USA ein“, schreiben Bruckmann und Dos Santos.³⁰ Vor diesem Hintergrund ereignete sich auch der Aufstand unter August César Sandino, der mit wechselnder Unterstützung der Bevölkerung bis zu seiner Ermordung 1934 die amerikanische Vorherrschaft in Nicaragua bekämpfte.

Bewegungen im Widerstand gegen die Militärdiktaturen der 1960er und 1970er Jahre

Mit der zunehmenden Verstärkung und fortschreitenden Industrialisierung nahm der Protestdruck der ländlichen Unterschichten zur Mitte der 1960er Jahre ab. In Ländern mit hohem Anteil indigener Bevölkerung traten zudem an Stelle von Forderungen nach gerechterer Landverteilung bei den Bauern immer stärker ethnisch geprägte Anliegen. Neben den indigenen, politisch orientierten sowie den an Bodenreformen interessierten Bewegungen spielte im 20. Jahrhundert auch die Arbeiterbewegung eine wichtige Rolle. Dabei bildeten

29 León Zamosc: Peasant Struggles of the 1970s in Colombia, in: Susan Eckstein (Hg.): Power and Popular Protest. Latin American Social Movements, Berkeley/London/Los Angeles 2001, S. 102–131.

30 Bruckman/Dos Santos, S. 9.

sich die Bewegungen in der Regel nicht nacheinander, sondern es entwickelten sich parallele Prozesse mit Phasen starker Dynamik aus der Mitte der Bevölkerung heraus; teilweise kam es aber auch zu einer Atomisierung sozialer Bewegungen, von denen viele auch schnell wieder verschwanden. Besonders die Minengebiete in Ländern wie Chile, Mexiko und Bolivien spielten dabei eine zentrale Rolle.³¹

Eine Hochphase der verschiedenen sozialen Bewegungen liegt in den 1960er und 1970er Jahren. Nicht zuletzt von der Kubanischen Revolution, die sich als Bauern- und Guerillaumwälzung inszenierte, gingen in diesem Zusammenhang wichtige Impulse aus, als nach dem bewaffneten Staatstreich Castros radikale Reformen mit erheblichen Auswirkungen auf die Gesellschaftsstrukturen Kubas eingeleitet wurden.³² Die Kubanische Revolution hatte erheblichen Einfluss auf andere soziale Bewegungen Lateinamerikas und zahlreiche Guerillabewegungen der 1960er und 1970er Jahre beriefen sich auf sie. Allgemein gewannen Ideologien weit stärker an Bedeutung, so berief sich der Sendero Luminoso in Peru – eine Guerillagruppe, die von Ende der 1960er Jahre bis in die 1990er Jahre hinein rund 70.000 Menschen das Leben kostete – auf die maoistische Ideologie.³³

Die sozialen Spannungen in Lateinamerika nahmen in dieser Zeitphase weiter zu, was dazu führte, dass sich in zahlreichen Staaten Generäle an die Macht putschten. Dieter Boris warnt aber zu Recht davor, die Etablierung von Militärdiktaturen in fast allen lateinamerikanischen Ländern in den 1970er Jahren – Ausnahmen bildeten lediglich Mexiko, Venezuela, Kolumbien und Costa Rica – „ausschließlich und unilinear als Reaktion auf die Intensivierung der sozialen Kämpfe“ zu interpretieren.³⁴ Einen großen Einfluss hatte in diesem Kontext auch die Befreiungstheologie mit den zahllosen Basisgemeinden auf dem Land. Sie verstand sich als „Stimme der Armen“ und wollte zur Befreiung von Ausbeutung und Unterdrückung beitragen.

Eine entscheidende Rolle kam sozialen Bewegungen aufgrund des Verbots der Gewerkschaften, der Zensur der Medien und der Kontrolle der Universitäten im Widerstand gegen Diktaturen und den Staatsterror zu.³⁵ Doch auch die sozialen Bewegungen waren stets erheblichen Repressionen ausgesetzt: Am deutlichsten dokumentierte sich dies wohl in Chile, wo die Pinochet-Diktatur mit großer Brutalität gegen die sozialen Bewegungen vorging, die zuvor Allendes Experiment eines friedlichen Übergangs zum Sozialismus wesentlich vorantrieben hatten.

31 Siehe zu Bolivien June Nash: *Cultural Resistance and Class Consciousness in Bolivian Tin-Mining Communities*, in: Eckstein, S. 182–202.

32 Vgl. Albert Manke: *Die Revolution 1959 als Sonderfall: Soziale Bewegungen in Kuba*, in: Mittag/ Ismar: „El pueblo unido“?, S. 57–80.

33 Siehe dazu: Cynthia McClintock: *Peru's Sendero Luminoso Rebellion: Origins and Trajectory*, in: Eckstein, S. 61–101 und Albert Manke: *Die Revolution 1959 als Sonderfall: Soziale Bewegungen in Kuba*, in: ebd., S. 57–80.

34 Boris: *Bewegungen* (1998), S. 10.

35 Siehe hierzu etwa Thomas C. Wright: *State Terrorism in Latin America. Chile, Argentina, and International Human Rights*, Lanham u. a. 2007.

Eine zweite Welle von Guerilla-Bewegungen breitete sich zum Ende der 1970er Jahre in Zentralamerika aus. Wie die Entwicklung in Nicaragua zeigte, konnten die sozialen Bewegungen hier auf ein breites gesellschaftliches Fundament zurückgreifen: Es engagierten sich keineswegs nur die traditionellen Aktivisten, sondern auch christliche Basisbewegungen sowie Frauen- und *Indígena*-Bewegungen.

In dieser Phase zeigte sich erstmals auch in Europa ein größeres Interesse an den sozialen Bewegungen Lateinamerikas. Dies mag auch damit zusammenhängen, dass es in den 1970er und zu Beginn der 1980er Jahre zu einem Erstarken linker Strömungen in Westeuropa kam. Bekannt wurden in diesem Kontext besonders die Nicaragua- und Chile-Solidarität, die den dortigen Widerstand gegen autoritäre Regime nicht nur passiv, sondern auf zum Teil abenteuerliche Weise – wie etwa durch Waffenlieferungen – auch aktiv unterstützten. In dieser Phase bildete sich zunehmend der Begriff Zivilgesellschaft heraus, „ein Begriff, der keineswegs nur analytischen Charakter hatte, sondern vielmehr auch normative Gehalte im Sinne eines neuen, wünschenswerten Demokratiemodells in sich trug“.³⁶

Im Zuge der Militärdiktaturen entstanden viele der gegenwärtig noch aktiven sozialen Bewegungen, „da Parteienverbot bzw. -suspendierung sowie die staatliche Repression von Gewerkschaften, von Meinungs-, Presse- und Versammlungsfreiheit neue Formen der politischen Artikulation und der Interessendurchsetzung erforderlich machten“. Dazu zählten Frauenbewegungen, Gewerkschaftsbewegungen sowie Stadtteil- und Umweltbewegungen. Im Vordergrund standen zudem Verletzungen von Menschenrechten oder ethnische Themen.³⁷ Ein Beispiel sind die Madres de la Plaza de Mayo, die in Buenos Aires von der Militärjunta Rechenschaft über den Verbleib ihrer Söhne einforderten.³⁸ Nun organisierten sich auch bislang unpolitische Kreise, wie kirchliche Vertreter und Angehörige von Mittel- und Oberschicht. Die Menschenrechtsbewegungen konnten dabei in besonderem Maße mit internationaler Unterstützung rechnen, da während der Amtszeit von US-Präsident Jimmy Carter (1977–1981) die Vereinigten Staaten eine stark auf die Achtung von Menschenrechten abzielende Politik verfolgten, während die frühere bedingungslose Unterstützung von Militärregimes aufgegeben wurde. Besonders in den Gesellschaften Argentiniens und Chiles entwickelten sich engagierte Menschenrechtsgruppen – hier kam es im späteren Verlauf nach dem Zusammenbruch der Diktaturen auch zu stärkeren transnationalen Kooperationen als bei anderen Bewegungen, wie Rainer Huhle in seinem Beitrag anmerkt: „Die relativ hohe sprachliche Homogenität der Region, ein entsprechend dichtes Kommunikationsnetz unter den Menschenrechtsorganisationen und -experten und nicht zuletzt die Existenz gut funktionierender regionaler Menschenrechtsinstitution im Rahmen der Organisation Amerika-

36 Boris: *Bewegungen* (1998), S. 11.

37 Dieter Boris: *Soziale Bewegungen in Lateinamerika: Bilanz und Perspektiven*, in: Mittag/Ismar: *¿“El pueblo unido“?*, S. 555–570, hier S. 565.

38 Siehe Linda Helfrich/Barbara Potthast: *Vom Oberschichtenphänomen zur Bewegung für mehr Recht und Gerechtigkeit: „Citizenship“ und Frauenbewegungen in Lateinamerika*, in: ebd., S. 389–416.

nischer Staaten (OAS) haben zur raschen Verbreitung wichtiger menschenrechtlicher Errungenschaften über Landesgrenzen hinaus beigetragen.“³⁹

Aufkommen ethnischer Forderungen

In den letzten Dekaden entwickelte sich eine immer deutlicher artikulierte Forderung nach Ankerkennung ethnischer Unterschiede und einer gerechteren Berücksichtigung bisher weitgehend ausgegrenzter Bevölkerungsgruppen. Die internationale Unterstützung der autochtonen Bevölkerung in Lateinamerika und die Anerkennung ihrer Rechte auf Selbstbestimmung und Teilhabe forcierte sich insbesondere nach 1992, dem 500-Jahre-„Jubiläum“ der Entdeckung Amerikas. Die Präsenz indigener Vertreter in internationalen Arbeitsgruppen, allen voran in der UNO, die Unterstützung von Entwicklungsprojekten und der starke Einfluss von Nichtregierungsorganisationen (NGOs) führten dazu, dass die Regierungen in einer immer stärker globalisierten Welt die Anliegen der indigenen Bevölkerung nicht mehr ignorieren konnten, ohne internationalem Druck ausgeliefert zu sein. Einerseits Emanzipationsbewegungen von innen, andererseits lautstarke Forderungen von außen bildeten zwei gewissermaßen klassische „Push- und Pull-Faktoren“, die den Aufstieg neuer sozialer Bewegungen auf Seiten der indigenen Bevölkerung beförderten.⁴⁰ Die bekannteste Variante ist sicherlich das *Movimiento Zapatista*, das seit dem 1. Januar 1994 in dem mexikanischen Bundesstaat Chiapas für die Rechte der indigenen Bevölkerung Mexikos kämpft, sich in der Vergangenheit aber auch immer wieder gegen „neoliberale“ Politik eingesetzt hat. Der Name der Bewegung rekurriert auf Emiliano Zapata, den Führer der Mexikanischen Revolution.

Zahlreiche Regierungen Lateinamerikas gerieten durch das Aufkommen dieser neuen Bewegungen infolge zunehmender transnationaler Verflechtungen und Forderungen von außen, marginalisierten Ethnien mehr Rechte zuzusprechen, in erheblichen Zugzwang. Das übliche Lavieren und die vermeintlichen Zugeständnisse schienen nicht mehr auszureichen. Ein Zeichen setzten Verfassungsänderungen in mehreren Ländern in den 1990er Jahren, durch die der pluriethnische Charakter der jeweiligen Nation anerkannt und den indigenen Gruppen weit umfangreichere Partizipationsrechte eingeräumt wurden.⁴¹ Nach der teilweisen Erfüllung dieser vorrangig ethnischen Forderungen kam es zur Jahrtausendwende im Zuge einer zunehmenden Verschlechterung sozialer Verhältnisse durch die Umsetzung „neoliberaler“ Wirtschaftsreformen zu einem neuen Aufschwung unterschiedlicher Protestbewegungen – mit einer eindeutigen Absage an das herrschende Wirtschaftsmodell. Dabei

39 Rainer Huhle: Die politische Sprengkraft des Unpolitischen: Die Menschenrechtsbewegung verändert das politische Gesicht Lateinamerikas, in: ebd., S. 417–444, hier S. 418.

40 Siehe hierzu Christian Gros: *El movimiento indígena. Del nacional-populismo al neoliberalismo*, in: Hans-Joachim König: *El indio como sujeto y objeto de la historia latinoamericana*, Frankfurt a. M. 1998, S. 183–205, hier S. 186 f. und Deborah J. Yashar: *Contesting Citizenship in Latin America. The Rise of Indigenous Movements and the Postliberal Challenge*, Cambridge 2005.

41 So zum Beispiel in Kolumbien (1991), Peru (1993), Bolivien (1994), Ekuador (1998) und Venezuela (1999). Zudem wurde die entsprechende ILO-Konvention 169 von Kolumbien (1991), Bolivien (1991), Peru (1994), Ekuador (1998) und Venezuela (2002) unterzeichnet.

dienten anders als früher nicht mehr Gewerkschaften primär als Mobilisierungsinstanz, sondern es entwickelten sich zunehmend neue soziale Bewegungen, die aber auch auf traditionelle Organisationsmuster wie etwa gewerkschaftliche Ressourcen zurückgriffen.

Die Cocaleros in Bolivien rekrutierten sich dabei überwiegend aus entlassenen Minenarbeitern und bekämpften mit zum Teil gewalttätigen Auseinandersetzungen die auf Druck der USA eingeführten staatlichen Eradiktionsprogramme. In den 1980er und 1990er Jahren traten aber auch in den Städten zunehmende soziale Bewegungen hervor.⁴² Dies vor allem unter den Marginalisierten in den Elendsvierteln, wie beispielsweise den Favelas in Brasilien. Eine wichtige Rolle spielten auch hier die Frauen, die sich wie in Peru für eine Selbstverwaltung einsetzten und Bereiche wie Nahrungsversorgung, Sicherheit und Basisdienstleistungen gemeinschaftlich organisierten.⁴³ Venezuela ist heute ein besonders markantes Beispiel, wie sich die aufkeimenden Bewegungen dieser Viertel von Protest- und Selbstorganisationsgruppen zu aktiven Trägern staatlicher Politik transformiert haben.

Kampf um Gewinne aus nationalem Ressourcenreichtum

Mit der Verschärfung des internationalen Wettbewerbs seit Mitte der 1990er Jahre forderten aus der Mitte der Gesellschaft entspringende Bewegungen in zunehmendem Maße ihre Teilhabe an den von privaten Konzernen absorbierten Gewinnen aus dem Gas-, Öl- oder Kupfergeschäft. Dies führte vor allem in Venezuela, Ekuador und Bolivien zu einer „Rückkehr des Staates“. Das bereits mehrfach angeführte Beispiel Bolivien zeigt, dass das sensible Thema der Bodenressourcen im Zusammenhang mit der historischen Situation des Landes gesehen werden muss: Die große Mehrheit der Bürger maß in den vergangenen Jahren dem Erdgas eine überragende Bedeutung für die Entwicklung des Andenstaates bei. Gerade in den Forderungen der sozialen Bewegungen des Hochlandes dominierte dabei die Angst, dass multinationale Konzerne die Gewinne absorbieren könnten und für Bolivien selbst nur ein Bruchteil der Erträge übrig blieb. Diese Ängste hingen mit dem Trauma des Cerro Rico von Potosi zusammen. Während der Kolonialzeit wurde von den spanischen Kolonialherren das Silber systematisch abgebaut und in die Alte Welt verschifft. Die Angst vor einer Wiederkehr der Geschichte beim Thema Gasförderung und damit einhergehend die Angst vor einem erneuten Ausverkauf Boliviens war primär in unteren Bevölkerungsschichten weit verbreitet. Deshalb hatten die sonst häufig von Partikularinteressen dominierten Bewegungen in der Frage der Gasförderung und des Gasexports ein einigendes Motiv entdeckt. Zudem kam es – wie weiter oben erwähnt – seit dem Jahr 2000 zu konfliktiven Auseinandersetzungen um den Rohstoff Wasser. Diese resultierten aus Preiserhöhungen zwischen 30 und 40 Prozent, die die multinationalen Unternehmen in Cochabamba (2000) und El Alto (2005) mit ihren Investitionen in das Infrastrukturnetz begründeten. Die Unruhen in Cochabamba im Jahre 2000 führten zu acht Toten und über 70 Verletzten. Eine *Coordinadora de defensa del*

42 Vgl. Stephan Lanz: Der Kampf um das Recht auf die Stadt: Städtische soziale Bewegungen in Lateinamerika, in: Mittag/Ismar: ¿“El pueblo unido”?, S. 365–388.

43 Bruckmann/Dos Santos, S. 19.

agua y la vida unter Führung von Oscar Oliviera koordinierte die Proteste, zu denen sich Lehrer, Studenten, Kleinbauern, Cocaleros und Gewerkschafter zusammenschlossen. Nachdem sich das Unternehmen Aguas del Tunari (unter Führung des US-Konsortiums Bechtel) dem Druck beugen musste und den Rückzug erklärte, wurde dies als Erfolg gegen das „neoliberale“ Wirtschaftsmodell gefeiert. In dem Protest subsumierten sich die Kritik an einer den Menschen nicht berücksichtigenden Globalisierung und die ungehemmte Ausweitung des „Neoliberalismus“, einhergehend mit dem Verlust nationaler Souveränität und materieller Verschlechterung, in diesem Fall erhöhter Preise des elementaren Lebensstoffes Wasser. Diese Guerra del Agua hatte somit einen Präzedenzfall geschaffen. Die Mobilisierung von zahlreichen gesellschaftlichen Gruppen in Verbindung mit einem tiefen Misstrauen gegen die „politische Klasse“ nahm anschließend in Bolivien zu, wobei die Zeitabstände zwischen den Protesten immer kürzer und die Forderungen immer maximaler wurden. Die nur rudimentär ausgeprägte Institutionenstabilität und der Widerstand der Bürgerbewegungen förderten die Leistungsschwäche des zunehmend seiner materiellen wie politischen Steuerungsfähigkeit beraubten bolivianischen Staates und führten zu Evo Morales' Wahltriumph im Dezember 2005.⁴⁴ In Venezuela gelang es Hugo Chávez, den Wunsch nach mehr Teilhabe an den reichen Öl-Ressourcen aufzugreifen und umfangreiche Sozialprogramme aufzulegen, wodurch die gezielte Einbindung sozialer Bewegungen in die Staatspolitik forciert wurde.⁴⁵ Auch in anderen Ländern erhöhte sich der Druck von unten auf die Regierungen, allerdings ging es nicht immer um die Beteiligung an nationalen Gewinnen aus dem Ressourcenreichtum, sondern es tauchten vermehrt Ad-hoc-Bewegungen auf. Diese verschwanden wieder weitgehend nach ihrer Zielerreichung – wie die Massenbewegung in der argentinischen Finanzkrise 2001/2002, die das Abdanken der Regierung de la Rúa herbeiführte. Was sich verfestigte, war aber in den vergangenen Jahren in ganz Lateinamerika ein diffuses Antiglobalisierungsgefühl und eine tiefe Abneigung gegen einen zu starken Einfluss auf die Förderung von Bodenschätzen von ausländischen Investoren. Deshalb mussten viele *global player* in den vergangenen Jahren Projekte aufgeben oder durch Renationalisierungstendenzen eine empfindliche Beschneidung ihrer in den 1990er Jahren noch erheblichen Gewinne bei der Ausbeutung von Ressourcen hinnehmen.

44 Siehe zu diesem Thema auch: Günther Maihold/Jörg Husar: Demokratiekrise in Lateinamerika. Bolivien und Venezuela als Testfälle für das demokratische Engagement der internationalen Gemeinschaft, in: Stiftung Wissenschaft und Politik (SWP), SWP-Aktuell, 25. Juni 2005 und Konfliktstoff Erdgas. Südamerika wird wieder Rohstofflieferant: Innen- und außenpolitische Implikationen der Ressourcenpolitik in Bolivien und Argentinien, in: Brennpunkt Lateinamerika 11 (2005), S. 129–140.

45 Siehe Dorothea Melcher: Im Zeichen der „Petrodollar“: Soziale Bewegungen in Venezuela, in: Mittag/Ismar: ¿“El pueblo unido“?, S. 109–132.

Die Zivilgesellschaft als Motor von Veränderungen

Es ist unübersehbar, dass Bewegungen der Zivilgesellschaft dynamische Auswirkungen auf gesellschaftliche wie politische Prozesse in Lateinamerika zeitigt haben. Während sich bisher – bis auf Ausnahmen wie die *Partido dos Trabalhadores* in Brasilien – kaum Parteien mit umfassenden Strukturen unter Einschluss breiterer Gesellschaftsschichten etablieren konnten, sondern sie oft auf charismatische Führer ausgerichtet und von klientelistischen Strukturen geprägt waren, ist es sozialen Bewegungen gelungen, Partizipation und stärker realdemokratische Prozesse anzustoßen. Statt nur am Wahltag ein Kreuz zu setzen, haben sich soziale Bewegungen Gestaltungskraft im politischen Prozess erkämpft und fördern insgesamt eine größere Bereitschaft unterschiedlichster Couleur, sich stärker in Gesellschaft und Politik einzubringen. Basisdemokratische Elemente wie in Venezuela, Ekuador und Bolivien werden ausgeweitet, die intensiv geführte Diskussion um Verfassungsreformen unterstreicht den Druck von unten, die Machtverschiebung auch in den Verfassungstexten stärker zu verankern. In ethnisch geprägten Gesellschaften ist die weiße Oberschicht stark unter Druck geraten. Soziale Bewegungen agieren geeinter als früher und stoßen Veränderungen an – die Politik versucht wie in früheren Jahren mit einem Einbindungsangebot zu antworten.

Der Protest z. B. gegen die Ausbeutung der eigenen Ressourcen durch international agierende Konzerne wurde in Bolivien, Ekuador und Venezuela von linksorientierten Regierungen aufgefangen, Ressourcen verstaatlicht und so eine ganz neue Einbindung der sozialen Bewegungen in den politischen Prozess erreicht. Nun kam es nicht nur auf Druck sozialer Bewegungen zu politischen Veränderungen, sondern auch zu einer Einbindung von wichtigen Akteuren dieser Gruppierungen in den politischen Prozess – Partizipation wird auf ganz neuen Wegen realisiert und die politische Landschaft verändert sich. In Bolivien saßen beispielsweise noch nie so viele indigene Vertreter im Parlament wie derzeit. Daneben sind weitere besondere Bewegungen, wie etwa Migrantenorganisationen, entstanden, die vor allem in Mexiko erheblichen Druck auf die Regierungen ausüben, um die Politik von der amerikanischen Wahlheimat aus in Mexiko mitzubestimmen.⁴⁶ Zu fast allen Missständen und sozialen Ungerechtigkeiten haben sich in Lateinamerika Bewegungen gebildet, deren Forderungen nicht ungehört bleiben können.

Im Gegensatz zur Zeit des Kalten Krieges fehlt heute aber weitgehend die Unterstützung der Vereinigten Staaten, um diese Bewegungen von unten „abzuwehren“. Eine Reaktion wie – im markantesten Fall – in Chile ab 1973 mit Repression und Unterdrückung durch rechtsorientierte Regimes bleibt aus, selbst in Venezuela. Das bisher gängige Schema einer „Kanalisation“ der Bewegungen – im Sinne der Eliten – wurde seit der Jahrtausendwende in vielen Ländern Südamerikas unterbrochen. Damit schließt sich zugleich ein Kreis: Mit dem Entstehen sozialistischer, anarchistischer und kommunistischer Bewegungen Anfang des 20. Jahrhunderts bildeten sich gerade im Andenraum vereinzelt interethnische Allianzen, die zum Teil auch zentrale Anliegen der indigenen Bevölkerung artikulierten. Seit der Jahrtausendwende ist es erneut zur Bildung zahlreicher solcher Allianzen gekommen. Im Ver-

46 Siehe hierzu Stephanie Schütze: Klientelistische Strukturen und der Kampf um „Tierra y Libertad“: Soziale Bewegungen in Mexiko, in: ebd., S. 34–53.

bund mit sozialen Forderungen nach einer Nationalisierung von Ressourcen, einer Zurückdrängung von privaten Investoren oder einer stärkeren Umverteilung haben auch ethnisch dominierte Forderungen an Gewicht gewonnen. Zahlreiche der so genannten neuen sozialen Bewegungen artikulieren ein Konglomerat all dieser unterschiedlichen Ansprüche. Der Unterschied zur Wende vom 19. zum 20. Jahrhundert liegt darin, dass der Protest nicht Protest bleibt und wieder abebbt bzw. von staatlichen Eliten erfolgreich abgewehrt wird, sondern sich in Ansätzen die Bildung einer Zivilgesellschaft abzeichnet, die – zum Teil durch transnationale Aktionsmuster – Einfluss auf die Politik nimmt und nicht unwesentlich zum Linksruck in Lateinamerika beigetragen hat. Dabei sind das Forderungsspektrum und das Agieren von Nationalstaat zu Nationalstaat durchaus sehr unterschiedlich, geprägt von der Bevölkerungsstruktur, historischen Entwicklungslinien und der jeweiligen politischen Situation.

Bei allen Differenzierungen bleibt indes festzuhalten, dass der Druck von unten bzw. eine Tradition des hartnäckigen Wehrens und Einforderns Gesellschaft und Politik verändert haben: Während in der Transitionsphase externe Akteure wie Weltbank und IWF die Politik zum Handeln – vor allem zu ökonomischen Restrukturierungsmaßnahmen – zwangen, sind dies heute fast in allen Staaten verstärkt auch interne Akteure, die die Politik zum Auseinandersetzen mit den Forderungen und zu Veränderungen zwingen. Tut sie das nicht, können Bauern, Arbeiter, Cocaleros oder indigene Gruppen mit ihren Blockaden und Streiks das ganze Land paralisieren. Ob man es in den Regierungspalästen will oder nicht: Soziale Bewegungen können in Lateinamerika nicht mehr ignoriert oder überhört werden.

Soziale Bewegungen und Zivilgesellschaft zwischen Protest und Teilhabe

Wie oben gezeigt worden ist, konnten im Zuge der Protestbewegungen die Zivilgesellschaft und ihre einzelnen Gruppen und Akteure auf eine neuartige Weise in den politischen Prozess einbezogen werden. Durch die Entstehung vielfältiger Bewegungen „von unten“ als Reaktion auf unterschiedliche gesellschaftliche Probleme und Notlagen haben sich das Spektrum und der Einfluss dieser Bewegungen auf das Regierungshandeln und die Politik insgesamt erheblich erweitert. Sie integrieren mittlerweile neben traditionellen sozialen auch ethnisch geprägte Forderungen und Anliegen und lassen sich nicht mehr kurzerhand „abwehren“ und kanalisieren. Durch die Formierung zivilgesellschaftlicher Strukturen, die über Grenzen hinweg ihre Wirkung entfalten, hat der Protest in Lateinamerika einen dauerhaften Charakter erhalten.

Ungeachtet dieser grundsätzlichen Tendenzen bleibt es indes notwendig, die einzelnen Nationalstaaten separat zu beleuchten, denn das Spektrum politischer Forderungen und die Aktionsformen hängen von zahlreichen spezifischen Faktoren wie der Bevölkerungsstruktur, historischen Entwicklungslinien und der jeweiligen politischen Situation ab, die weiterhin einer erheblichen Variationsbreite unterliegen.⁴⁷

47 Vgl. Georg Ismar/Jürgen Mittag: Vom Protest zur Partizipation? Soziale Bewegungen in Lateinamerika seit Beginn des 20. Jahrhunderts, in: dies.: ¿“El pueblo unido”? S. 11–36.

Zu konstatieren ist aber auch, dass der Staat in weitaus stärkerem Maße als in der Vergangenheit gezwungen ist, sich eingehender mit sozialen Forderungen auseinanderzusetzen. Entscheidend für die dauerhafte Einflussnahme sozialer Bewegungen ist letztlich die Schaffung stabiler Organisationsstrukturen, die es ermöglichen, sich auch von der Abhängigkeit von einzelnen Führungsfiguren zu emanzipieren. Das trifft auch auf das Beispiel Bolivien zu – hier es ist fraglich, ob das Movimiento al Socialismo nach einem Rückzug von Evo Morales weiterhin eine so dominante Kraft bleiben wird. Die Erfahrung vieler „traditioneller“ Parteien zeigt, dass sie aufgrund mangelnder Organisationsstrukturen nach dem Rückzug ihrer prägenden Persönlichkeiten oft in der Bedeutungslosigkeit versunken sind. Eine Errungenschaft der vergangenen Jahre liegt in jedem Fall darin, dass Teilhabe am demokratischen Prozess gestärkt und die Zivilgesellschaft neue Einflussmöglichkeiten gewonnen hat. Ein beredtes Beispiel dafür sind allein die zahlreichen neuen Verfassungsdebatten, die auch darum kreisen, wie mehr Teilhabe erreicht und dem pluriethnischen Charakter der Gesellschaften besser Rechnung getragen werden kann.